

Antrag A-1**SPD-Unterbezirk Region Hannover Jusos-Bezirk Hannover****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK****Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will! – Für eine Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte**

1 Die SPD steht für eine lange Tradition der Arbeiter*innenbewegung. Die Stärkung der Rechte und
 2 der Mitbestimmung der Arbeiter*innen und auch aller anderen Arbeitnehmer*innen sind für uns daher
 3 ein elementarer und unverhandelbarer Bestandteil
 4 unseres politischen Strebens und die Gewerkschaften sind in dieser Frage unsere natürlich Bündnispartnerinnen.
 5 Nach über 150 Jahren dieses Kampfes haben wir gemeinsam viele Errungenschaften
 6 erkämpft. Diese Errungenschaften sind allerdings tagtäglich bedroht und müssen daher stets verteidigt,
 7 erhalten und ausgeweitet werden. Hierbei dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass sich
 8 unsere Gesellschaft und unsere Lebenswirklichkeit in einer immensen Dynamik weiterentwickelt und
 9 damit auch die Arbeitswelt einen entsprechenden Wandel erfährt. Das bringt vor allem für die Arbeitnehmer*innen
 10 ganz neue Herausforderungen mit sich, auf die es auch im 21. Jahrhundert sozialdemokratische Antworten braucht.
 11 Einige dieser konkreten Herausforderungen und die aus ihnen erwachsenden Forderungen sollen im Folgenden thematisiert werden:

24 Mehr staatliche Verantwortung für eine demokratische und soziale Arbeitswelt

25 Wir sehen uns einer zunehmenden Ausdifferenzierung der Arbeitswelt gegenüber. Der Organisationsgrad von Gewerkschaften sinkt ebenso wie die Zahl an Betrieben und Beschäftigungsverhältnissen, die von Gewerkschaften vertreten werden und von Tarifverträgen umfasst sind. Dies führt zu einem Ungleichgewicht zwischen den Tarifparteien und hüllt die Tarifautonomie aus. Der Mindestlohn hat gezeigt, dass staatliche Regulierung als sinnvolle und auch notwendige Ergänzungen zu Vereinbarungen der Tarifparteien zu sehen sind, die den Rahmen der Tarifautonomie setzen und gesellschaftliche und sozialpolitische Leitplanken setzen. Daher sollten staatliche Regelungen und politischer Gestaltungswille in unserer Arbeitswelt keine falsche und unangebrachte Zurückhaltung an den Tag legen. Die Arbeitswelt braucht politische Gestaltung und den Mut zur Veränderung.

Wir fordern:

- die willkürliche sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen restlos abzuschaffen.
- der nicht hinnehmbaren Realität von Kettenbefristungen einen wirksamen gesetzlichen Mechanismus entgegenzusetzen und so Kettenbefristungen tatsächlich zu unterbinden.
- eine klarere Definition und Begründung von Sachgründen zur Befristung von Arbeitsverhältnissen um zu vermeiden, dass diese willkürlich sind.
- die umfassende Gleichberechtigung von Leiharbeiter*innen gegenüber der Stammebelegschaft – sowohl in der Bezahlung als auch in der Frage von Arbeitnehmer*innenrechten.
- zu verbieten, eine Stelle dauerhaft nur durch Leiharbeiter*innen zu besetzen.
- Scheinselbstständigkeit noch wirkungsvoller zu regulieren und entschlossen dagegen vorzugehen.
- einen zeitgemäßen Arbeitsschutz, der Arbeitnehmer*innen auch in der digitalisierten Arbeitswelt ihre Ruhephasen und ihren Feierabend garantiert.
- gesetzliche Regelungen, die der immensen Unterschlagung von Überstunden in Deutschland endlich Einhalt gebietet.
- Globalisierung braucht mehr soziale Dimensionen – Für europäische und globale Arbeitnehmer*innenrechte.

--

Hinweise:

Zeile 59 bis 66: Erledigt durch Regierungshandeln. Seit dem 1. Januar 2019 gilt ein Rechtsanspruch auf Rückkehr zur vorherigen Arbeitszeit, wenn folgende vier Kriterien erfüllt sind:

1. Beschränkung der Teilzeitphase auf einen Zeitraum zwischen einem und fünf Jahren.
2. Mehr als 45 Beschäftigte in dem Betrieb, in dem man arbeitet.
3. Eine mehr als sechs Monate währende Anstellung im Betrieb.
4. Schriftliche Antragsstellung ohne Angaben von Gründen drei Monate vor Beginn der gewünschten Arbeitszeitreduzierung.

44 **Flexibilität gilt auch für Arbeitgeber*innen – Schluss**
 45 **mit der Teilzeitfalle**

46 Auf dem Arbeitsmarkt gewinnt der Aspekt der um-
 47 fassenden Flexibilität immer mehr an Bedeutung.
 48 Viele Arbeitnehmer*innen sehen sich wachsenden
 49 Ansprüchen gegenüber, die von ihnen verlangen,
 50 dass sie sich zeitlich und räumlich immer stärker an
 51 ihren beruflichen Anforderungen orientieren.

52 Leider gibt es bei aller Flexibilisierung einen Aspekt,
 53 der ganz und gar nicht flexibler wird: die Teilzeit-
 54 falle. Wer einmal in Teilzeit geht, kommt nur sel-
 55 ten wieder in eine Anstellung in Vollzeit zurück. Das
 56 kann nicht sein: Wer in Vollzeit arbeiten will, muss
 57 das auch dürfen!

58 Wir fordern:

- 59 • ein echtes Teilzeit-Befristungsgesetz, das die
 60 Reduzierung von Arbeitszeit mit einer ver-
 61 einbarten automatischen Rückkehr in Vollzeit
 62 verknüpft.
- 63 • einen Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeit,
 64 der gesetzlich verankert, dass eine Rückkehr
 65 von Teil-in Vollzeit für alle Arbeitnehmer*in-
 66 nen gewährleistet ist.

67 **Nur Ausbeutung gehört befristet – Schluss mit der**
 68 **willkürlichen Befristung**

69 Kettenbefristungen sind eine traurige Realität,
 70 die vor allem junge Arbeitnehmer*innen eine
 71 mittel-oder langfristige Lebensplanung erheblich
 72 erschwert. Dieser Zustand gehört überwunden!

73 Deshalb fordern wir:

- 74 • die sachgrundlose willkürliche Befristung von
 75 Arbeitsverträgen restlos abzuschaffen.
- 76 • der nicht hinnehmbaren Realität von Ketten-
 77 befristungen einen wirksamen gesetzlichen
 78 Mechanismus entgegenzusetzen und so Ket-
 79 tenbefristungen tatsächlich zu unterbinden.
- 80 • eine klarere Definition und Begründung von
 81 Sachgründen zur Befristung von Arbeitsver-
 82 hältnissen um zu vermeiden, dass diese will-
 83 kürlich sind.

84 **Gleiche Arbeit verdient gleiche Anerkennung –**
 85 **Schluss mit der Ungleichbehandlung von Leihar-**
 86 **beiter*innen**

87 Leiharbeiter*innen leisten in vielen Betrieben ge-
 88 nau so viel und genauso gute Arbeit wie die jeweili-
 89 gen Stammbeschafteten. Dennoch werden sie ge-
 90 setzlich als Arbeitnehmer*innen 2. Klasse behan-
 91 delt. Das muss aufhören!

92 Wir fordern:

Hinweis zu den Zeilen 74 bis 83 Die SPD spricht sich seit langem für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung sowie der Kettenbefristungen aus. Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU war es lediglich möglich, einen ersten Schritt hin zur vollständigen Abschaffung zu vereinbaren.

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, die Möglichkeiten der befristeten Beschäftigung zu reduzieren. Sachgrundlose Befristungen werden wieder zur Ausnahme, das unbefristete Arbeitsverhältnis soll wieder zur Regel in Deutschland werden. Endlose Kettenbefristungen werden abgeschafft. Bisher liegt kein Referentenentwurf vor. Laut Aussagen soll dieser im Koalitionsvertrag vereinbarte Punkt nach der Sommerpause 2019 angegangen werden.

93 • die umfassende Gleichberechtigung von Leih-
94 arbeiter*innen gegenüber der Stammbeschäftigung - sowohl in der Bezahlung als auch in
95 der Frage von Arbeitnehmer*innenrechten.
96

97 • zu verbieten, eine Stelle dauerhaft nur durch
98 Leiharbeiter*innen zu besetzen.

99 **Sein statt Schein – Scheinselbstständigkeiten auf-**
100 **decken und bekämpfen**

101 Scheinselbstständigkeit schadet im Wesentlichen
102 dem Scheinselbstständigen selbst und den sozialen
103 Sicherungssystemen. Deshalb muss sie noch effek-
104 tiver aufgedeckt und unterbunden werden. Damit
105 sorgen wir zugleich für einen immensen Zuwachs
106 von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen –
107 vor allem in den Bereichen, in denen Scheinselbstän-
108 digkeit heute noch weit verbreitet ist.

109 Wir fordern also:

110 • Scheinselbstständigkeit noch wirkungsvoller
111 zu regulieren und entschlossen dagegen vor-
112 zugehen.

113 **App statt Stechuhren? – Für faire und gesunde Ar-**
114 **beitszeitregelungen in der digitalisierten Arbeits-**
115 **welt**

116 Räumliche Flexibilisierung kann von Arbeitneh-
117 mer*innen als Vorteil empfunden werden, aber es
118 stecken in dieser Entwicklung viele Möglichkeiten,
119 den Arbeitsschutz zu untergraben und auszuhebeln.
120 So werden in Deutschland immer mehr Überstun-
121 den weder erfasst noch durch Freizeit ausgeglichen
122 oder finanziell vergütet. Ein weiteres Problem in die-
123 sem Zusammenhang stellt auch die Durchsetzung
124 des wichtigen und notwendigen flächendeckenden
125 Mindestlohns dar.

126 Wir fordern:

127 • einen zeitgemäßen Arbeitsschutz, der Arbeit-
128 nehmer*innen auch in der digitalisierten Ar-
129 beitswelt ihre Ruhephasen und ihren Feier-
130 abend garantiert.

131 • gesetzliche Regelungen, die der immensen
132 Unterschlagung von Überstunden in Deutsch-
133 land endlich Einhalt gebietet.

134 • die Einführung einer Wochen-
135 Maximalarbeitszeit von 30 Stunden bei
136 vollem Lohnausgleich.

137 • Globalisierung braucht mehr soziale Dimen-
138 sionen – Für europäische und globale Arbeit-
139 nehmer*innenrechte

140 Die hier beschriebenen Probleme und Lösungsvor-
141 schläge sind keineswegs nur auf die Bundesrepublik

142 Deutschland anzuwenden. Die Entwicklungen und
143 Herausforderungen ähneln sich in vielen National-
144 staaten, die leider immer noch allein und individu-
145 ell nach Lösungen suchen und diese Konzepte für
146 sich erproben. Aber ein Ziel sollten alle Arbeitneh-
147 mer*innen auf der Welt teilen: menschenwürdige
148 Arbeitsbedingungen zu einer gerechten Bezahlung
149 für ausnahmslos alle! Im Dienste dieses gemein-
150 samen Ziels müssen die europäischen und auch
151 die globalen Bemühungen vorangetrieben werden,
152 damit menschenverachtende Arbeitsbedingungen
153 und unwürdige Entlohnung überall auch so benannt
154 und bekämpft werden kann und nicht zu sogenann-
155 ten „guten Standortbedingungen“ verklärt werden.
156 Daher muss das mittel- bis langfristige Ziel so-
157 zialdemokratischer Arbeitspolitik sein, unsere Zie-
158 le und Maßnahmen auch europaweit und interna-
159 tional durchzusetzen. Bei diesem Globalisierungs-
160 prozess der Arbeitnehmer*innenrechte sind die Ge-
161 werkschaften unsere wichtigsten Bündnispartne-
162 rinnen, die auch ihrerseits ihre Organisationen jen-
163 seits der Grenzen von Nationalstaaten weiterentwi-
164 ckeln müssen